

Schultes: Weg von Öl, Kohle und Gas, hin zu erneuerbaren Energieträgern!

Alle können wir die Erde nicht retten. Daher diskutieren wir das Thema Klimakonferenz in Kopenhagen mit der Hoffnung auf ein gemeinsames, gutes Ergebnis, das unsere Anstrengungen zu einem sinnhaften Ganzen führt. Das erklärte ÖVP-Umweltsprecher Abg. Hermann Schultes heute, Mittwoch, in der Aktuellen Stunde des Nationalrates.

"Was der damalige Umweltminister vor vielen Jahren als Ziel akzeptiert hat, war ambitioniert, aber für viele nicht erreichbar", fuhr Schultes fort. "Tatsache ist, dass es dadurch gelungen ist, wichtige Entwicklungen auszulösen und in vielen Bereichen diese Ziele auch tatsächlich zu erreichen. So etwa in der Industrie, in der Energiewirtschaft, in der Landwirtschaft und in der Abfallwirtschaft. Klar gesagt waren die erfolgreichen Ressorts jene, wo Umweltminister der ÖVP das Sagen hatten."

"Heute wissen wir, dass wir das Thema des Klimaschutzes ernster angehen müssen als vor 15 oder 20 Jahren. Heute wissen wir nämlich, dass die Vorhersagen auch eintreffen können und damit zu bindenden Vorgaben werden", betonte Schultes weiter. "Wir wissen aber auch, dass es teuer ist, das Klima nachhaltig zu verändern. Wir geben viel zu viel Geld für klimaschädliche Ölimporte aus, Geld, das für unser Land verloren ist. Daher ist ein zweiter Aspekt unserer Bemühungen jener: Weg von Öl, Kohle und Gas, hin zu erneuerbaren Energieträgern!"

In diesem Zusammenhang bedauerte und kritisierte Schultes aber das Verhalten der Grünen, "von denen wenig Hilfe, sondern eher Zuwiderhandeln zu erwarten ist, wenn es darum geht, Verbesserungen durchzuführen." Als Beispiel führte Schultes den Verkehr als größtes Problem an: "Die Einführung von Biosprit und Biodiesel hat die meisten Verbesserungen gebracht. Die Grünen und die Konsumentenschützer aber waren dagegen." Genau so beim Ökostromgesetz: die Konsumentenschützer dagegen, keine Hilfe von den Grünen. "Wir haben genug Möglichkeiten für das Einsparen und die Aufbringung erneuerbarer Energieträger in unserem Land und schaffen damit Arbeitsplätze bei uns", so Schultes.